

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/208

Bonn, den 31. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Die Wahrheit auf Abwegen 62

Gespensterfurcht der PRANDA

Von Günter Markscheffel

2 "Strolchbefall" 29

Parteibücher gewechselt

3 - 4 Die iberische Halbinsel und die EWG 65

Es geht um mehr als nur um Außenhandel

Von Dr. Hans Apel, MdB

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Problem der Wiedereingliederung in den Beruf noch nicht gelöst
Steuerliche Vergünstigungen nach dem Steueränderungsgesetz 1968

Von Lucie Kurlbaum-Beyer, MdB

Lieselotte Seibel attackiert Kultusministerium

Kurzmeldungen

Personalien

Die Wahrheit auf Abwegen

Gespensterfurcht der PRAWDA

G.M. - PRAWDA heißt bekanntlich Wahrheit. Die PRAWDA ist aber auch eine Zeitung in Moskau. Neben der ISWESTIJA, die als Regierungsorgan gilt, soll die PRAWDA die Aufgabe übernommen haben, die Wahrheit zu verbreiten; die Wahrheit über die Sowjetunion und über die Vorgänge in der Welt. Oft gelingt das der PRAWDA, oft aber auch nicht.

Jetzt hat sich die PRAWDA ganz offensichtlich zum Ziel gesetzt, den Sowjetbürgern das Gruseln beizubringen. Nicht etwa das Gruseln vor Mond- und Marsmenschen, sondern vor den Deutschen in der Bundesrepublik. Diese Deutschen - so meint die PRAWDA - träumten immer noch davon, sie könnten eines Tages den "sozialistischen Osten erobern".

Unterstellen wir einmal, die Deutschen in der Bundesrepublik wollten das wirklich tun. Was wäre die unmittelbare Folge?

Selbstverständlich würde die große und mächtige Sowjetunion, gemeinsam mit ihren bis an die Zähne bewaffneten Verbündeten ohne Zögern ein solch irrsinniges Unterfangen mit Waffengewalt stoppen. Aber nicht nur die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes, sondern auch die Westmächte würden den Deutschen in der Bundesrepublik in den Arm fallen. Es gilt heute als Selbstverständlichkeit - und das wissen die Sowjets sehr genau -, daß im Falle einer aggressiven Aktion der Bundesrepublik Deutschland in wenigen Stunden die alte Siegerallianz des Zweiten Weltkrieges wieder funktionieren würde. Amerikaner, Engländer, Franzosen, Belgier, Holländer, Luxemburger, Italiener, Norweger und Dänen - sie alle würden ohne Zögern der Bundesrepublik Deutschland den Garaus rachen, wollte sie auch nur andeutungsweise tun, was die PRAWDA ihren Lesern als Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit darstellt.

Da die Sowjetunion ihrerseits stets versichert, sie wolle und werde niemanden angreifen und wünsche nichts sehnlicher als die Er-

haltung des Friedens, die Westmächte dasselbe sagen und sich auch entsprechend verhalten, wäre eine selbständige militärische Aktion der Bundesrepublik gleichbedeutend mit der Unterzeichnung des Todesurteils für alle Deutschen.

Deswegen sind Artikel, wie sie kürzlich erst wieder von der PRAWDA verbreitet wurden, von einer ans Gespenstische grenzenden Verkennung der deutschen und internationalen Wirklichkeit.

Wir wissen, daß die Menschen in der Sowjetunion immer noch Furcht vor deutschen Armeen haben. Sie waren bis vor die Tore Moskaus marschiert, erlebten aber dann die fürchterlichste Niederlage, die je die Armee eines Volkes erleben mußte. Damals stand an der Spitze des deutschen Reiches ein Diktator, ein Mann, von dem heute vielfach angenommen wird, er sei ein Irrer gewesen. Heute ist die Demokratie im freien Teil Deutschlands fest verwurzelt. Die Bundesrepublik verfügt über keine selbständige Armee mit einem selbständig agierenden Oberkommando. Die militärische ist der zivilen Gewalt unterstellt und außerdem gehört die Bundesrepublik Deutschland dem Bündnissystem der freien Welt an, dessen einzige Aufgabe es ist, im **V e r t e i d i g u n g s** fall - also bei einem **A n g r i f f**! - aktionsfähig zu sein.

Gewiß, es gibt auch Schattenflecke in unserem demokratischen Staat; ewig Gestrige und Unbelehrbare, die immer noch nicht erkannt haben, welcher Wahnsinnspolitik sie einmal nachgelaufen sind. Demgegenüber stehen die großen demokratischen Parteien, die bei jeder Wahl fast 90 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. **K e i n e** dieser großen demokratischen Parteien und mit ihnen die überwältigende Mehrheit unseres Volkes denkt auch nur im Traume daran, das zu tun, was die PRAWDA ständig ihren Lesern einredet.

Deshalb wäre es gut, wenn man sich in Moskau einmal überlegen würde, ob es für die Erhaltung des Friedens in Europa nicht doch besser ist, bei der Wahrheit zu bleiben. **A l l e n** wäre damit gedient.

"Strolchbefall"

Parteibücher gewechselt

S. J. - Das rechte Vokabular beherrschte er bei Redner-Schulungen perfekt, die Partei aber mochte ihn nicht mehr sprechen lassen: In Minden an der Weser argwöhnte die NPD, daß sie 18 Monate einen "Wolf im Schafspelz" - so Bezirksbeauftragter Horstmann - zu ihren Mitgliedern zählte, als ruchbar wurde, daß sich der NPD-Kreisvorsitzende Hans Fuhr, 41, wieder der FDP anschließen will.

Der sudetendeutsche Fuhr erwarb 1954 das Parteibuch der Freidemokraten und wechselte Ende 1966 zur NPD "als Mende mit der SPD koalieren wollte". Binnen Jahresfrist wurde Fahrtschullehrer Fuhr einstimmig zum Kreisvorsitzenden der Thadden-Partei gewählt. Die Eintracht zerbrach, als Fuhr "keinerlei Aufzeichnungen über die Kassenlage vorfand", sich mit Horstmann rangelte ("Der Mann ist nicht demokratisch gewählt und will Vorschriften machen") und von Thadden abgekanzelt wurde, als er einen Antrag einbrachte, die Anerkennung der DDR zu prüfen. Als Fuhr nichtsdestotrotz vor Mindener Bürgern für die NPD sprechen wollte, erhielt er Redeverbot von seiner Partei.

Enttäuscht und verbittert - "Die nehmen jetzt an, ich sei von der FDP eingeschleust worden, aber das ist natürlich Unsinn" - , flüchtete Fuhr zum Mindener Kreisvorsitzenden und Chef der Düsseldorfer FDP-Landtagsfraktion, Walter Möller. Bei Kaffee und Kognak beantragte er Absolution und Wiederaufnahme in die FDP. Möller:

"Ich werde mich für seine Aufnahme stark machen." Spötter der Mindener Szenerie erklären dazu: "Zwischen FDP und NPD ist bei uns sowieso kein großer Unterschied."

Nur der NPD-Landesvorsitzende Dr. Lancker ist sauer: "Bei dem Trend zur NPD ist eben immer ein gewisser 'Strolchbefall' dabei. Der Herr Fuhr soll hingehen, wohin er will." Den Mann, der Fuhr ersetzen soll, will sich die Mindener NPD jetzt ganz genau unter die Lupe nehmen: Er kommt von der Jungen Union.

Die iberische Halbinsel und die EWG

Es geht um mehr als nur um Außenhandel

Von Dr. Hans Apel, MdB

Bundeskanzler Kiesinger besuchte Portugal und Spanien. Bei den Gesprächen mit den Staatsmännern beider Länder ging es unter anderem um die Frage der künftigen Beziehungen zur EWG, eine Frage, die auch in unserem Land kontrovers diskutiert wird. Dürfen Länder mit der politischen Struktur der beiden iberischen Länder in engere Beziehungen zur EWG treten?

Ginge es um Anträge auf Vollmitgliedschaft, so wäre die Antwort aus Brüssel an der Präambel des EWG-Vertrages zu orientieren, die deutlich macht, daß der Wirtschafts-Zusammenschluß der sechs Länder Frieden und Freiheit wahren und festigen soll. Die Präambel fordert alle anderen europäischen Völker auf, sich zu diesen Werten zu bekennen und sich der Einigung Europas anzuschließen. Portugal und Spanien müßten also wesentliche Änderungen in ihren politischen Strukturen vornehmen, wollten sie den demokratischen Anforderungen der EWG entsprechen.

Tatsächlich suchen aber beide Länder zur Zeit nur eine losere Verbindung zur EWG. Spanien erstrebt ein "Präferenzabkommen", Portugal ist als EFTA-Mitglied bei jedem Versuch einer Erweiterung der EWG um die beitriffs- und assoziationswilligen EFTA-Länder direkt angesprochen.

Ein "Präferenzabkommen" kann von einem beschränkten Zollabbau für eine Reihe verabredeter Waren bis zur Assoziation an die EWG reichen. Da derartige Abkommen unter der Meistbegünstigungsklausel des GATT stehen, kann wahrscheinlich ein voll wirksames und ökonomisch interessantes Präferenzabkommen mit Volkswirtschaften von der Bedeutung der beiden iberischen Länder nur so umfassend sein, daß es unter die Bestimmung des Art. 24 des GATT-Status fiele, die Zollunionen und Freihandelszonen von der Meistbegünstigungsklausel ausnimmt.

Das Kind hat also vielleicht nur einen anderen Namen bekom-

men. Denn von einer Assoziation an die EWG wird nicht mehr gesprochen. Die Bezeichnung "Präferenzabkommen" kann dennoch nicht verschleiern, daß wir uns sehr wohl bei diesem Schritt darüber klar werden müssen, ob wir ihn politisch wollen. Es geht nämlich um mehr als um Außenhandel, dessen Zweckmäßigkeit durchaus aus nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten, d.h. politisch weitgehend wertneutral, betrachtet werden kann.

Sowohl Spanien als auch Portugal sind auf dem Wege zu neuen politischen Ufern. Die Jugend dieser Länder sucht politische Leuchter für ihre noch brachliegende politische Gestaltungskraft. Sie braucht die Nähe und Freundschaft Westeuropas, um aus politischer Erstarrung und wirtschaftlicher Enge herauszufinden. Die Verbindung zur EWG könnte dazu eine der möglichen Brücken sein, wenn einige wesentliche Voraussetzungen erfüllt sind.

Sie ergeben sich aus der Funktionsweise des Gemeinsamen Marktes und beinhalten die Freizügigkeit von Arbeitskräften und Kapital in beide Richtungen wie die ungehinderte Interpenetration von Vorstellungen und Ideen über die Pyrenäen. Die sich schrittweise entwickelnde Organisationsfreiheit der sozialen Gruppen gehört in diesen Katalog ebenso wie der sich herausbildende freie politische Kontakt der Bürger Westeuropas miteinander.

Ginge es nur um ein Handelsabkommen über iberischen Wein, Flaschenkorken und Zitrusfrüchte und vielleicht einige andere Produkte, dann sollten wir die ganze Politik draußen lassen und zwei entsprechende EWG-Abkommen schließen. Da es aber doch wohl um mehr geht, sollten wir politisch denken. Es hilft dann allerdings weder demokratisches Kraftmeiertum, dem maximalistische Vorbedingung an unsere iberischen Partner entsprängen, noch die Schutzbehauptung, es ginge doch nur um Präferenzabkommen, die keine politischen Überlegungen verlangten. Vielmehr müßten wir bewußt den Weg des politisch wie ökonomisch schrittweise und Zug um Zug Aufeinanderzugehens einschlagen, da er eine Demokratisierung eher fördert als ein starres Nein.